

## ■ Neue Sanktionen gegen Russland

# Feindschaft kostet

Von Jörg Kronauer

Illusionslos hatte sich Kanzlerin Angela Merkel kürzlich bei ihrem Auftritt auf der Onlineversion der Münchner »Sicherheitskonferenz« geäußert, als sie den Machtkampf gegen Russland in den Blick nahm. In der »Ostukraine« zum Beispiel, hielt sie nüchtern fest, sei man »in den letzten Jahren nicht vorangekommen«. Deshalb sei es »ganz wichtig, dass wir eine gemeinsame transatlantische Russland-Agenda entwickeln«. Den ersten Versuch, einen tragfähigen Baustein für eine derartige »Agenda« festzuklopfen, konnte man am Dienstag beobachten: Offenbar abgestimmt gaben Brüssel und Washington ähnliche Sanktionen gegen Russland wegen des Konflikts um den russischen Oppositionellen Alexej Nawalny bekannt. Nun ist das nichts grundsätzlich Neues. Auch mit der Trump-Regierung hatte man Maßnahmen gegen Moskau koordiniert. Dennoch: Als Signal, man könne künftig gemeinsam Druck ausüben, taugte der Schritt allemal.

Die Frage ist allerdings, was von den ersten Bausteinen folgt – und wie weit die demonstrativ zur Schau gestellte transatlantische Einigkeit tatsächlich trägt. Nicht zuletzt der US-Kongress, der seit Jahren in überparteilicher Geschlossenheit viel umfassendere Sanktionen gegen Russland verlangt, macht Druck. Eins seiner nächsten Ziele ist der Todesstoß für Nord Stream 2. Noch verhandeln die USA mit Berlin, ob sich nicht ein für beide Seiten geschichtswahrender Ausweg finden ließe – doch die Ungeduld

unter den Kongressabgeordneten wächst. Setzen sich in Washington diesbezüglich die Sanktionsbefürworter durch, dann träte der transatlantische Konflikt um Nord Stream 2, den beide Seiten in der Ära Trump austragen, wieder offen zutage. Man wird sehen, ob das Eis, auf dem die transatlantische Einigkeit zelebriert wird, hält.

Dabei spielt die Bundesregierung ein gefährliches Spiel. Sie kann den Machtpoker gewinnen: dann etwa, wenn es ihr gelänge, sich in Sachen Nord Stream 2 durchzusetzen, ansonsten gemeinsam mit den USA den Druck auf Moskau zu verstärken und es so an der einen oder anderen Stelle zum Nachgeben zu zwingen. Sie kann aber auch verlieren: Das wäre der Fall, wenn zum Beispiel Nord Stream 2 wegen der US-Sanktionen nicht fertiggestellt werden könnte und zugleich die neuen Zwangsmaßnahmen gegen Russland ihr Ziel verfehlten. Dabei ist noch gar nicht eingerechnet, was Berlin, machtpolitisch betrachtet, mit stets neuen Sanktionen gegen Moskau verpasst. Ein Beispiel: Der CSU-Politiker Christian Schmidt soll, so will es die Bundesregierung, UN-Repräsentant in Bosnien-Herzegowina werden. Nun zeigt sich allerdings, dass Russland Schwierigkeiten macht. Es könnte das deutsche Vorhaben verhindern. Und nicht nur dort: Gegen Moskau wird es schwer, in Libyen, in Syrien und in manch anderem Konflikt die eigenen außenpolitischen Ziele zu erreichen. Aggressionen gibt es eben nicht umsonst: Feindschaft kostet.

## ■ Geheimprotokoll des Tages

# Coronagipfel



von Wildschweinen verwenden, welche die unangenehme afrikanische Schweinepest illegal aus Tschechien nach Sachsen importieren. Die von den Paarhufern abgelehnten Impfstoffe würden auf Flohmärkten in Fernost verhökert. Von der Vermittlungsprovision könnte er sodann eine weitere Dreiraumplattenbauvilla in Marzahn-Mitte finanzieren.

Laschet erwägt bei einer Inzidenz von 350 die Möbel- und Teppichkaufhäuser für Homeschooling und Fußpflege zu öffnen – oder auch nicht. Markus Söder warnt vor populistischen Maßnahmen. Er schlägt vor, den Kampf zur Einhaltung der Coronauflagen durch den Einsatz von verdachtsunabhängiger Schleierfahndung und »Tornado«-Jagdbomben zu intensivieren. Der Einsatz von Wasserkanonen gegen Berufspendler im nahen Grenzverkehr wird hingegen vorerst zurückgestellt.

Boris Palmer will alle Menschen ab 80 Jahren und Heimbewohner illegal testen lassen, und Verweigerer einsperren. Winfried Kretschmann fragt nach, was Palmer eigentlich in der Runde zu suchen habe, begrüßt aber dessen konstitutiven Vorschlag. Armin Laschet bestellt eine weitere Kiste Socken, Farbe Graumelange.

Dusan Deak

Uns ist das Protokoll der letzten Coronarunde der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten zugespielt worden. Hier veröffentlichen wir eine gekürzte und autorisierte Abschrift:

Angela Merkel begrüßt die Runde und fragt nach dem Befinden der Teilnehmer. Armin Laschet ist dagegen und schlägt vor, gemeinsam den Film »Und täglich grüßt das Murmeltier« anzuschauen. Jens Spahn erfreut die Anwesenden mit der Information, dass es dem Gesundheitsministerium wieder einmal gelungen sei, 30 zusätzliche AstraZeneca-Ampullen mit einer Verspätung von drei Monaten zu bestellen und den übrigen 30 Millionen nicht verimpften und nicht verimpfbar Ampullen hinzuzufügen. Das unnütze Zeug könnte man zu Impfung

# »Das ist ein Stolperstein im öffentlichen Raum«

»Denkzeichen« zur Erinnerung an Rosa Luxemburg vor dem Leipziger »Felsenkeller«. Ein Gespräch mit Volker Külöw

**A**m Freitag jährt sich der Geburtstag von Rosa Luxemburg zum 150. Mal. Welche Bedeutung hat das Wirken der Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands für Sie?

Für mich gehören ihr Leben und Werk zum unverzichtbaren marxistischen Erbe, das die revolutionären Generationen vor uns für die Kämpfe von heute hinterlassen haben. Damit meine ich zum einen ihre lange unterschätzten Beiträge zur Kolonial- und Imperialismustheorie auf der Basis ihrer Akkumulationstheorie. Noch weniger präsent bzw. über die Jahrzehnte verflächt und bekämpft – ich erinnere nur an das Stigma vom sogenannten »Luxemburgismus« – sind zum anderen ihre hochaktuellen Überlegungen zum untrennbaren Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus, von Freiheit und Gleichheit sowie von Selbstbestimmung und Solidarität. An ihrer singulären Persönlichkeit beeindruckt mich darüber hinaus ihr beispielhafter Mut, stets die Wahrheit auszusprechen. In ihren Werken findet man oft den Gedanken: »Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer »das laut zu sagen, was ist.«« Der leider zu früh verstorbene Leipziger Philosoph Volker Caysa hat dieses Wahr-Sprechen in das Zentrum von Luxemburgs Lebenshaltung und Philosophie gerückt.

**Welchen Bezug hatte Luxemburg zu Leipzig?**

In Leipzig wurde 1898 ihre Dissertation zu anspruchsvollen volkswirtschaftlichen Fragestellungen in einem renommierten Verlag gedruckt – ihr Eintrittsbillet in die Wissenschaft. Sie war 14mal in der Stadt und hielt sieben Reden; für den letzten Auftritt – eine illegale Rede am 6. Juli 1916 vor ca. 100 sozialdemo-



Volker Külöw ist Historiker und Mitglied des Leipziger Stadtrates für Die Linke

kratischen Kriegsgegnern – kassierte sie sechs Wochen Gefängnis. Im Zentrum ihrer Beziehungen zu Leipzig stand natürlich ihre Mitarbeit an der *Leipziger Volkszeitung* von 1898 bis 1913. Mit ihren über 150 Beiträgen trug sie zusammen mit der Chefredaktion von Franz Mehring wesentlich dazu bei, dass die *LVZ* die führende Zeitung des linken Flügels der SPD wurde, die damals eine revolutionäre Partei war.

**Anlässlich des 150. Geburtstags Luxemburgs soll am Freitag ein »Denkzeichen« zur Erinnerung an die Kommunistin vor dem »Felsenkeller« eingeweiht werden. Was genau hat es damit auf sich?**

Eine der erwähnten sieben Reden in Leipzig hielt Rosa Luxemburg am 27. Mai 1913 im »Felsenkeller«, einer traditionsreichen Versammlungsstätte der Leipziger Arbeiterbewegung. Die Rednerin sprach über die »weltpolitische Lage« und kritisierte heftig die damalige imperialistische Kriegspolitik und vor allem das internationale Wettrüsten. Im Kampf gegen diese Übel warnte sie zugleich vor jeglichen

parlamentarischen Illusionen: »Solange das Kapital herrscht, werden Rüstungen und Krieg nicht aufhören«. Eine friedenspolitische Mahnung, die leider vor 1914 von zu wenigen Menschen gehört wurde und bis heute von ihrer Aktualität nichts verloren hat. Deshalb enthält das Denkzeichen genau diesen Satz. Gleich einem riesigen Stolperstein im öffentlichen Raum wird er ab morgen vor dem »Felsenkeller« im Gehweg zugänglich sein und alle Vorbeigehenden hoffentlich zum Nachdenken anregen.

**Im »Felsenkeller« wird bereits an die Revolutionärin erinnert. Welches Signal soll davon ausgehen?**

Das Team des »Felsenkellers« steht zur 130jährigen Geschichte des Hauses und ist besonders stolz auf die Auftritte von Rosa Luxemburg 1911 und 1913. Es will dieses Erbe lebendig halten und zugleich in den Alltag dieser weithin bekannten Kulturstätte auf neuartige Weise integrieren. Mit »Rosas Salon« und der dortigen Bibliothek wird in der Gaststube der direkte Dialog mit ihrem literarischen Werk ermöglicht. Die beweglichen Augen in dem überdimensionalen Rosa-Porträt erleichtern ja vielleicht den Kontakt zu ihr.

**Hat die Erinnerung an Rosa Luxemburg die Unterstützung der Stadt Leipzig?**

In der Geburtsstadt von Karl Liebknecht ist auch Rosa Luxemburg wohlgefallen. Wir kooperieren fachlich eng mit der Stadt, insbesondere mit dem Stadtgeschichtlichen Museum. Die Einweihung des Denkzeichens durch unsere linke Kulturbürgermeisterin Skadi Jennicke bezeugt ebenfalls, dass die Erinnerung an Rosa in Leipzig in guten Händen ist.

Interview: Markus Bernhardt

## ■ Abgeschrieben

**■ Zur Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit teilte die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V. (VVN-BdA e. V.) am Mittwoch in einer Presseerklärung mit:**

Seit Herbst 2020 liegen dem Berliner Finanzamt für Körperschaften I alle Unterlagen vor, die im Rahmen der Steuererklärung einzureichen waren, um die Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Jahre 2017 bis 2019 für die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten zu prüfen. Nun, Monate später, erfolgte erst auf Nachfrage die mündliche Mitteilung, dass ein Bescheid zwar existiere, aber der Berliner VVN-BdA nicht zugesandt werden dürfe. O-Ton Finanzamt: »Sie wissen schon, warum.«

»Nein, wir wissen nicht warum«, konstatiert Markus Tervooren, Geschäftsführer der Berliner VVN-BdA, und führt aus: »Die Berliner VVN-BdA wird in keinem Verfassungsschutzbericht erwähnt, was die einzige Grundlage für die Ausführungsbestimmungen der Finanzämter bezüglich der Anerkennung oder Verweigerung der Gemeinnützigkeit für Vereine bildet.

Wir fragen uns also, welche anderen Gründe es für das Verhalten des Berliner Finanzamtes geben kann. Schon die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Bundesvereinigung der VVN-BdA aufgrund haltloser Behauptungen des bayerischen VS ist ein nicht hinnehmbarer Skandal. (...) Wir verstehen nicht, weshalb unter einer rot-rot-grünen Regierung in Berlin die Gemeinnützigkeit der Berliner VVN-BdA überhaupt zur Disposition steht.« (...)

**■ Der Verein Lobbycontrol erklärte am Mittwoch zum Regierungskommiss beim Thema Lobbyregister:**

Union und SPD haben sich nach langen Verhandlungen über das Lobbyregister in wesentlichen Punkten geeinigt. Demnach soll die Lobbyarbeit gegenüber Ministerien bis zur Ebene der Unterabteilungsleiter registrierungspflichtig sein. Der exekutive Fußabdruck, mit dem die Ministerien verpflichtet werden sollen, die Beteiligung von Lobbyisten an Gesetzentwürfen öffentlich zu dokumentieren, soll nicht Teil der Regelung sein. Timo Lange von Lobbycontrol kommentiert: »Seit 15 Jahren trommeln wir für ein verpflichtendes Lobbyregister. (...) Mit dem Lobbyregister ist ein wichtiger

Schritt hin zu Transparenz im Lobbyismus gemacht, auch wenn es sich um einen Kompromiss handelt und wir uns deutlich mehr gewünscht hätten. So sollte Lobbyarbeit gegenüber Ministerien insgesamt registrierungspflichtig sein (...). Außerdem sollten Lobbyisten genauere Angaben machen müssen, worauf die Lobbyarbeit zielt.« (...)

**■ Angehörige der neun Opfer des rassistischen Attentats vom 19. Februar 2020 in Hanau wandten sich am Mittwoch mit einem offenen Brief an die Öffentlichkeit:**

Wir bedanken uns bei allen Menschen, die uns rund um den schweren Jahrestag am 19.2.21 unterstützt haben und ihre Solidarität mit uns zum Ausdruck gebracht haben. (...) Exemplarisch möchten wir uns bei allen Schulen, Kindergärten, Unternehmen, Sportvereinen, Religionsgemeinschaften, Institutionen und Pressevertretern bedanken. (...) Der allergrößte Dank gilt an dieser Stelle aber allen Hanauerinnen und Hanauern, die uns nicht nur am Jahrestag, sondern das ganze Kalenderjahr hinweg unterstützt haben. Es war sicher kein leichtes Jahr. Für niemanden in Hanau. (...)

■ <https://kurzelinks.de/lsky>